

## **Antrag der Fraktion der CDU**

### **Medizinische Versorgung von Kindern auch zukünftig sicherstellen!**

In der Stadtgemeinde Bremen werden erfreulicherweise seit einigen Jahren deutlich mehr Kinder geboren. Die Geburtenrate stieg zwischen 2010 und 2014 von 1,29 auf 1,43 Kinder pro Frau an. Hinzu kommt seit 2014 ein verstärkter Zuzug von Flüchtlingen, die mit ihren Kindern nach Bremen kommen, oder deren Kinder hier geboren werden. Durch diese Entwicklungen sind in Bremen deutlich mehr Kinder schon heute auf eine qualitativ hochwertige und bedarfsdeckende, stationäre und teilstationäre medizinische Versorgung angewiesen. Die Fallzahlen in den Bereichen Pädiatrie und Kinderchirurgie sind in den letzten Jahren stark angestiegen und lagen 2014 mit 12 750 Fällen bereits deutlich über den im Landeskrankenhausplan für 2020 prognostizierten 10 898 Fällen. Die Gesundheitsministerin schätzt, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzen wird und es bis 2020 zu einer Zunahme der kindermedizinischen Pflanzetage von 44 % kommt.

Die stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Pädiatrie und Kinderchirurgie wird in der Stadtgemeinde Bremen im Wesentlichen durch den Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) geleistet. Aktuell stehen dort 181 Betten an den Standorten Mitte (100 Betten), Links der Weser (48 Betten) und Nord (33 Betten) zur Verfügung. Im Rahmen des Sanierungsplans der GeNo wurde allerdings geplant, die Angebote des Klinikums Bremen-Mitte (KBM) und des Klinikums Links der Weser (KLdW) in einem Teilersatzneubau zusammenzuführen. Die Planungen gingen 2009 davon aus, dass durch einen Effizienzgewinn im Teilersatzneubau auch weniger Betten in den Bereichen Kinderchirurgie und Pädiatrie benötigt werden würden. Mit 122 Betten plante man am unteren Korridor des prognostizierten Bedarfs. Steigende Geburtenzahlen und ein erhöhter Zuzug von Flüchtlingen wurden zu diesem Zeitpunkt nicht prognostiziert.

Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs bei gleichzeitiger Verringerung der Kapazitäten ist nun bei der zukünftigen stationären Versorgung von Kindern in der Stadtgemeinde dringend nachzubessern. Es ist durch die Gesundheitsministerin und die Geschäftsführung der GeNo zu prüfen, ob der Teilersatzneubau noch vor Inbetriebnahme aufzustocken ist, inwieweit der alte „Neubau“ der Kinderklinik weiter zu nutzen ist, oder ob durch eine Umsteuerung andere Disziplinen in andere Häuser der GeNo der Teilersatzneubau räumlich entlastet werden kann.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die stationäre medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen zukünftig sicherzustellen, Fehlplanungen zu korrigieren und der zuständigen Deputation für Gesundheit bis zum 31. Dezember 2016 einen Bericht über den Verlauf des Umsteuerungsprozesses vorzulegen.

Rainer Bensch,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU